
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 04. Juli 2011**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

Beginn: 14:35 Uhr

Ende: 14:45 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen; Erfahrungsbericht	2011/305
2.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
2.1.	Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket	2011/305

Anwesend:

Landrat **Hämmerle**, Frank (Vorsitz)

Stimmberechtigte Mitglieder:

Boldt, Claus

Brennenstuhl, Heinz

Goten, van der, Michael, Dr.

Hahn, Max, Dr.

Happle-Lung, Ines

Herberger, Veronika

Hettesheimer, Klaus

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Keck, Jürgen

Kessler, Peter

Kreitmeier, Christiane, Dr. (als Vertreterin für die entschuldigte **Özdemir**, Zekine)

Moser, Franz

Reckziegel, Josef Joachim

Sargk, Susanne

Volz, Tobias

Beratende Mitglieder:

Ehret, Matthias

Hahn, Ernst Günter (als Vertreter für den entschuldigten **Gerspacher**, Rudolf)

Neidig, Werner

Entschuldigte:

Gerspacher, Rudolf

Grams, Christian (und Vertreter)

Kammerer, Barbara (und Vertreter)

Netzhammer, Veronika (und Vertreter)

Özdemir, Zekine

Von der Verwaltung nehmen teil:

Goßner, Axel

Mende, Susanne

Schönbucher, Cornelia

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen;

Erfahrungsbericht

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr **Goßner** führt ergänzend dazu in die Thematik ein.

Kreisrat **Dr. Hahn** teilt mit, dass die Annahme des Angebots eher bescheiden sei. Daher müsse man sich fragen, ob das Konzept bzw. das Angebot richtig gestaltet bzw. platziert sei. Es gebe sicher viel mehr Betroffene, die auf eine Beratung angewiesen seien und diese holen sich ihre Hilfe wohl irgendwo anders, z. B. bei Reha-Einrichtungen, beim Gesundheitsamt oder bei anderen Stellen.

Beim Versorgungsamt erhalten Behinderte ggf. einen entsprechenden Ausweis, aber keine Hinweise, was mit dem Ausweis gemacht bzw. wozu er benutzt werden könne. Hier müsse man mehr tun und informieren, gerade auch bei Neuansträgen.

Herr **Goßner** antwortet, dass es hier um Fälle der Eingliederungshilfe gehe, so z. B. nach einem Unfall. Die Anlaufstelle biete eine entsprechende Beratung für die Betroffenen. Der Soziale Dienst habe zwar Kontakt mit den Betroffenen und ggf. auch deren Familien, aber die Anlaufstelle sei ein zusätzliches Beratungsangebot und komplettiere so das Beratungsspektrum.

Der **Vorsitzende** verweist auf den Bericht. Danach habe man nicht nur in der Presse auf das neue Angebot hingewiesen, sondern auch Flyer zum Auslegen in den Gemeinden erstellt und darüber hinaus habe man auch Kliniken, Ärzte, die Träger von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe sowie das Schulamt informiert und mit Flyern versorgt.

Kreisrat **Dr. Hahn** hält dies für zu wenig, hier müsse man mehr tun. Außerdem gebe es wohl Überschneidungen zu den Pflegestützpunkten.

Kreisrätin **Dr. Hofer** erkundigt sich nach dem Alter der Personen und nach der Zusammensetzung des hilfesuchenden Personenkreises.

Frau **Schönbucher** antwortet, dass das Angebot von Personen aller Altersgruppen angenommen worden sei. Bei den volljährigen psychisch Kranken seien oft die Eltern gekommen, bei den geistig Behinderten seien die Betroffenen eher jünger gewesen.

Herr **Goßner** ergänzt, dass es keine Überschneidungen zu den Pflegestützpunkten gebe. Sofern Hilfesuchende sich dennoch dort melden sollten, würden sie an die Anlaufstelle verwiesen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass man zu gegebener Zeit wieder berichten werde. Außerdem werde man nochmals für das Angebot werben.

Beschluss:

Entfällt. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Erfahrungsbericht zur Kenntnis.

2. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

2.1 Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** erkundigt sich nach der Inanspruchnahme der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket. Mit diesem Thema werde sich morgen

(05.07.2011) der Kultur- und Schulausschuss der Stadt Konstanz befassen. Die Stadt wolle bisherige eigene Leistungen in diesem Bereich einstellen, um so eine Finanzierung durch den Bund zu erreichen (wenn Leistungen von Dritten erstattet werden, übernimmt der Bund die Kosten nicht). Für die Betroffenen würde sich dadurch nichts ändern.

Herr **Goßner** antwortet, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bisher sehr zögerlich in Anspruch genommen worden seien, weil es entsprechende Angebote der Städte und Gemeinden gebe. Die Annahme der kommunalen Leistungen sei einfacher, das Bildungs- und Teilhabepaket erfordere dem gegenüber einen größeren bürokratischen Aufwand für die Betroffenen. Die Zahl der Anträge steige jedoch zwischenzeitlich kontinuierlich an, gefragt seien aber weniger Nachhilfen im schulischen Bereich, als vielmehr Essens- und Fahrtkostenzuschüsse. Derzeit nähmen ca. 20 – 30 % der Berechtigten die ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass der Bund die Leistungen lediglich subsidiär übernehme, d. h., dass er nur dann zahle, wenn kein Dritter die Kosten erstatte. Deshalb habe man u. a. auch die Schülerbeförderungssatzung geändert. Die bisherige Kostenerstattung bzw. der Erlass von Eigenanteilen durch den Landkreis für den anderweitig berechtigten Personenkreis entfalle ab dem Schuljahr 2011/12.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 14:45 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Dr. Michael van der Goten

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Manfred Roth